

Aktionsbündnis schickt Brief an Kanzlerin

POLITIK Große Übereinstimmung über Bedeutung des Arsenal für Marine

Ein von neun Organisationen getragenes Aktionsbündnis erinnert den Bund an seine Verantwortung gegenüber Marine und Stadt. Dazu wurde ein Brief an die Bundeskanzlerin verfasst.

VON NORBERT CZYŻ

WILHELMSHAVEN/BERLIN – Ein von Oberbürgermeister Eberhard Menzel einberufenes Aktionsbündnis, dem die wichtigsten gesellschaftspolitischen Gruppierungen von Stadt und Region angehören, hat einen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgesetzt, in dem diese an die Verantwortung erinnert wird, die Berlin für die Stadt und eine funktionierende Marine hat.

Der Präsident des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes (AWV) Wilhelmshaven/Friesland/Wittmund, Martin Stein-

brecher, begründete gestern im „Haus der Wirtschaft“, warum man sich „große Sorgen mache“, dass in Bezug auf die Zukunft des Marinearsenals eine falsche Entscheidung getroffen werden könnte. Eine Entscheidung, die für die fahrenden Einheiten und in Konsequenz auch für die Stadt fatale Folgen haben könnte.

Das Aktionsbündnis, dem außer dem AWV noch der City-Interessenverein, der Club zu Wilhelmshaven, der DGB, der Nautische Verein, die IHK, der Unternehmensverband Einzelhandel, die Wilhelmshavener Hafengewerkschaftsvereinigung und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven angehören, weist auf die möglichen negativen Konsequenzen hin, wenn Institutionen, „die für den Einsatz der Marine wichtig sind“, in ihren Strukturen zerstört werden. Die Bundeskanzlerin wird in dem Brief auch daran erinnert, dass Wilhelmshaven in der jüngeren Vergangenheit „überproportional Arbeits-



Bei der gestrigen Unterzeichnung des „offenen Briefes“ an Bundeskanzlerin Angela Merkel im Haus der Wirtschaft (von links) AWV-Präsident Martin Steinbrecher, Jürgen

Janßen (WFG), Dorothe Jürgensen (DGB-Sekretärin), Lutz Bauermeister (AWV), John H. Niemann (WHV) und Dr. Hans-Joachim Gottschalk (CzW).

WZ-FOTO: GA-JÜ

plätze“ verloren und Institutionen hat abgeben müssen. Werde die Funktionsfähigkeit des Arsenal, das auch eine große Bedeutung für die Facharbeiterausbildung habe, beeinträchtigt, so sei das gefährlich für die „anstehenden Aufgaben“, die Wilhelmshaven „als Oberzentrum“ zu leisten habe, wie Steinbrecher sagte.

Staatssekretär a. D. Dr. Hans-Joachim Gottschalk, Präsident des Clubs zu Wilhelmshaven, stellt sich angesichts der vielen Dankesbrie-

fe, die die Schiffskommandanten für die schnelle Hilfe an das Marinearsenal schicken, die Frage: „Warum fasst die Politik das Arsenal überhaupt an?“

Zudem erinnerte Gottschalk daran, dass der Bund für „sein Patenkind“ Wilhelmshaven als Nachfolgeeinrichtung des Deutschen Reiches die Verantwortung übernommen habe. Schließlich müsse die Stadt auch für den öffentlichen Dienst und dessen Mitarbeiter, von dem bzw.

von denen sie keinen Lohnsteueranteil bekomme, entsprechende Infrastruktur aufrecht erhalten.

Man versteige sich in dem Brief nicht, als Militärexperter per se zu sprechen, so AWV-Geschäftsführer Lutz Bauermeister. Aber „es gibt handfeste Gründe dafür, dass das Marinearsenal in seiner existierenden Form ein Garant für die Optimierung der Marine-Einsätze ist.“

© Mehr Informationen unter www.ja-zum-Marinearsenal.de